

DIE RHEINPFALZ

⟨ Speyer

⟩

Stadt

Rhein-Pfalz-Kreis

Kultur regional

Lokalsport

SPEYER

R Plus Nach deutlicher Erhöhung: Vergnügungssteuer bereitet Kummer



Im »New People« direkt gegenüber der Theke: zwei Spielautomaten.

Foto: pse



Patrick Seiler

09. Januar 2024 - 13:00 Uhr | Lesezeit: 3 Minuten

Die Stadt Speyer kann nur wenige Steuersätze selbst festlegen: Gewerbe-, Grund-, Hunde- und Vergnügungssteuer sind die wesentlichen Stellschrauben. Besonders stark wurde 2024 an der Vergnügungssteuer gedreht – ein großer Fehler, meinen Branchenvertreter und Betroffene.

Die Diskussion über die kommunalen Steuerhebesätze glich einer Wundertüte im November 2023 im Stadtrat. Die Stadt wollte die Gewerbesteuer belassen, aber Grund-, Hunde- und Vergnügungssteuer hochsetzen. Die Fraktionen waren sich uneins, sagten aber am Ende Nein zum Plus bei der Abgabe für Hundehalter und machten Abstriche bei der Grundsteuer-Erhöhung. Bei der Vergnügungssteuer, die auf das Einspielergebnis von Glücksspielgeräten anfällt, gab es jedoch keinen großen Widerstand.

Auch als plötzlich in der Sitzung der Vorschlag aufkam, den Hebesatz nicht nur wie von der Stadt vorgeschlagen von 20 auf 25 Prozent, sondern sogar auf 30 Prozent zu erhöhen, fand sich eine Mehrheit. Statt 2,5 Millionen Euro erwartet die Stadt nun jährliche Einnahmen von 3,5 Millionen Euro, die dem Haushalt dienen. Speyer liege mit dem neuen Hebesatz über dem Mittel der kreisfreien Städte in der Pfalz, den die Stadt mit 22 Prozent beziffert. Die letzte Erhöhung – von 18 auf 20 Prozent – war 2018.



ber Steuern

„Für uns tödlich“

Betroffen sind relativ wenige Betriebe. Zahlen von 2022 zufolge gab 237 Geldspielgeräte bei 22 Unternehmen mit entsprechender Konzession. Christian Bös leitet zwei davon: die Spielcenter in der Bahnhofstraße 39 mit je acht Geräten auf 99 Quadratmetern. Er hat von der Erhöhung aus der Zeitung erfahren und ist entsetzt: „Für uns tödlich.“ Er habe mit seinem Steuerberater gerade die Zahlen für 2023 analysiert – die ein so geringes Plus enthielten, dass er „keine Luft mehr zum Atmen“ sehe. Die Steuererhöhung koste ihn mehrere tausend Euro. Das gefährde seinen Betrieb mit vier Angestellten und vier Aushilfen.

Auch abgesehen von den eigenen Interessen sei die Entscheidung ein Fehler, meint Bös: „Die Leute spielen trotzdem. Wenn es keine Spielhallen mehr gibt, gehen sie in Casinos oder ins Internet, wo nicht so viele Schutzmechanismen eingebaut sind.“ An seinen Geräten dürften jeweils nur 20 Cent Einsatz gemacht werden, und in einer Stunde könnten maximal 60 Euro verspielt werden. Zudem werde kein Alkohol ausgeschenkt, und das Personal sei speziell geschult. Bös befürchtet, dass sein Betrieb in Zukunft zur „Nullnummer“ wird und er etwa kaputte Monitore nicht mehr ersetzen kann. „Es ist eine Katastrophe.“



Wenn du Zeit am Computer totschiagen musst, ist dieses Strategy-Game ein Muss!

Spiele FoE jetzt in deinem Browser. Kein Install!

[Mehr lesen](#)

„Kneipenkultur kaputtbesteuert“

Ins selbe Horn stößt Adriana Jombik, Betreiberin des „New People“ in der Ludwigstraße. „Diese Besteuerung ist schwachsinnig“, hat sie in eine Speyerer Gruppe bei Facebook geschrieben, in der sich eine rege Diskussion um die ominösen 30 Prozent entsponnen hat. Auslöser war ein Beitrag von Roland Jörg, dem früheren Vorsitzenden des Hotel- und Gaststättenverbands Speyer, der geurteilt hatte: „So wird die Kneipenkultur in Speyer kaputt besteuert.“ Sie könne mit dem Widerspruch leben, den sie für ihren Eintrag geerntet habe, sagt Jombik. Aber sie habe gute Argumente. Auch sie vermutet Verlagerungseffekte von Glücksspiel hin ins Internet oder gar auf illegale Wege. Für ihre „urige Kneipe“ mit drei Mitarbeitern könne das gefährlich werden. Sie öffne um 10 Uhr und lebe bis 15 Uhr wesentlich von den Gerätenutzern: „Sie wollen spielen und einen Kaffee.“

Auch Jombik hält sich zugute, mit ihrem Team Spieler vor Schlimmerem zu bewahren („die Menge macht das Gift“). Dafür würden regelmäßig Kurse belegt. Das sei ein mit ihren zwei gepachteten Spielgeräten verbundener Kostenfaktor, zu dem jetzt auch andere steigende Kosten kämen, etwa für Strom. „Ein Einschnitt“, sagt Jombik über die deutliche Erhöhung, die sie wohl eine hohe dreistellige Summe zusätzlich kosten werde. Sie könne auf die Geräte nicht verzichten: „Ich muss ein solches Angebot machen.“ Umso mehr ärgere es sie, dass es sich der Stadtrat leicht gemacht und eine „Gruppe ohne Lobby“ belastet habe. Sie befürchtet, dass das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht ist. Die Entscheidung sei „unbedacht“. Ihre Vermutung: Im Rat säßen keine Glücksspieler, aber etliche Hundebesitzer, daher würden diese verschont.